

**Öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Gröpelingen am 27.02.2019**  
**Protokoll**

**Sitzungsort:** Quartierszentrum Morgenland, Morgenlandstr. 43

XII/01/19

**Beginn der Sitzung:** 19:00 Uhr      **Ende der Sitzung:** 22:10 Uhr

**Es sind folgende Beiratsmitglieder anwesend:**

Herr Bernd Brejla	Herr Stefan Kliesch	Herr Martin Reinekehr
Herr Raimund Gaebelein	Herr Mehmet Genç	Herr Dieter Steinfeld
Herr Rolf Heide	Herr Norbert Holzapfel	Frau Barbara Wulff
Frau Gabriela Grosch	Frau Anne Hölting	

**Verhindert sind:**

Herr Pierre Doutiné	Frau Ute Pesara-Krebs
Herr Adedipo Ogunyena	Frau Gisela Roos
Frau Kristina Overbeck	Herr Muhammet Tokmak

**Als Gäste können begrüßt werden:**

Herr Senator Ulrich Mäurer	
Herr Michael Steines	- Polizeiabteilung Nord/West
Frau Sermin Riedel, Herr Uwe Papencord	- Ordnungsamt
Herr Stefan Meyerrose	- Die Bremer Stadtreinigung
Frau Alina Mielczarek	- Projektkoordination sichere und saubere Stadt
Herr Erwin Böhm, Herr Lars Hannig und	- Sozialzentrum Gröpelingen/Walle

**Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:**

**TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

**TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XII/06/18 vom 05.12.2018**

**TOP 3: Sicherheit und Sauberkeit in Gröpelingen**

**dazu:** Herr Senator Ulrich Mäurer  
Herr Michael Steines / Polizeiabteilung Nord/West  
Frau Sermin Riedel, Herr Uwe Papencord / Ordnungsamt  
Frau Carola Riekens / Die Bremer Stadtreinigung  
Frau Alina Mielczarek / Projektkoordination sichere und saubere Stadt

**TOP 4: Entwicklung des Quartiers durch die Brebau**

**dazu:** VertreterInnen der Brebau

**TOP 5: Offene Jugendarbeit in Gröpelingen**

**dazu:** Herr Erwin Böhm, Herr Lars Hannig / Sozialzentrum Gröpelingen/Walle

**TOP 6: Anträge, Anregungen und Wünsche aus dem Stadtteil**

a) Jugendparlament    b) Bevölkerung    c) Seniorenvertretung    d) Beirat

**TOP 7: Bericht der Beiratssprecherin – Berichte aus dem Stadtteil**

**TOP 8: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes**

---

**TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Die Beschlussfähigkeit des Fachausschusses wird festgestellt.

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt.

## **TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XII/06/18 vom 05.12.2018**

Das Protokoll vom 5.12.2018 wird einstimmig genehmigt.

## **TOP 3: Sicherheit und Sauberkeit in Gröpelingen**

Nach einer kurzen thematischen Einleitung durch die Vorsitzende zur Entwicklung des Müllproblems in Gröpelingen spricht Innensenator Mäurer. Er stellt die Politik der Privatisierung der vergangenen Jahre als notwendig für staatliche Sparmaßnahmen dar. Jedoch sind durch das Outsourcing vieler staatlicher Dienste etliche Probleme entstanden. Diese Politik sieht Herr Mäurer als beendet an, da mit dem Ordnungsdienst und der Bremer Stadtreinigung nun wieder öffentliche Aufgaben unter behördlicher Aufsicht durchgeführt werden. Auch die Entwicklungen bei der Polizei, gerade bezüglich der Einstellungsquoten, weisen in eine positive Richtung. Es gilt, das Vertrauen der BürgerInnen zurückzugewinnen und Personal aufzustocken.

Als Beispiel für eine erfolgreiche Zielstellung wird das Beispiel des Bahnhofsvorplatzes angeführt, bei dem durch verschiedene Maßnahmen bereits spürbar mehr Sicherheit für die Passanten hergestellt werden konnte. Durch die Erhöhung der Polizeipräsenz, die Einrichtung einer großen, gemeinsam mit der Bundespolizei besetzten Wache am Bahnhof, einer besseren Beleuchtung sowie durch kamerabasierte Alarmsysteme soll ermöglicht werden, Straftaten und offene Kriminalität erfolgreich und frühzeitig zu bekämpfen.

Auf die Gröpelinger Situation bezogen wird angeführt:

- Bei einer Ortsbegehung des Stadtteils im Sommer 2018 wurde ein gravierendes Müllproblem erkannt. Dabei macht der Senator klar, dass es sich bei Gröpelingen um einen diversen Stadtteil mit vielen Unterschieden handelt, der wiederum an anderen Stellen auch auf eine hohe Wohnqualität verweisen kann. In Verbund mit dem Ordnungsamt, der Bremer Stadtreinigung und dem Integrierten Entwicklungskonzept Gröpelingen (IEK) soll nun die Verursachung bekämpft werden, um langfristig Erfolg zu haben. Erste Einsichten bestätigen, dass z.B. Überbelegungen für das Ausmaß des Mülls mitursächlich sind.
- Zudem plädiert der Senator dafür, von der jetzigen Initiative keine Wunder zu erwarten. Für eine erfolgreiche Entwicklung wird Zeit benötigt, genauso wie für die Ausbildung neuer, benötigter MitarbeiterInnen für Polizei, Stadtreinigung und Ordnungsdienst. Zudem trifft der demografische Wandel auch die Polizei, wodurch Abwanderungen starker Jahrgänge in den Ruhestand bevorstehen.
- Die Verantwortung liegt auch bei den einzelnen BürgerInnen. So soll dahingehend gewirkt werden, dass sich alle sowohl bei der Müllentsorgung als auch im Straßenverkehr an die bestehenden gesetzlichen Regeln halten.
- Anschließend stellt Herr Steines die Arbeit der Polizeimaßnahmen im Stadtteil vor. Die Polizei hat ihre Präsenz erhöht und die Zahl der VertreterInnen sowie Maßnahmen im Stadtteil ausgeweitet. Es konnten bereits leichte Verbesserungen erreicht werden, aber die hohe Taktung soll nun beibehalten werden, um die positive Entwicklung aufrecht zu erhalten. Zwar werden bereits eine Vielzahl von Razzien sowie Kontrollen und Durchsuchungen von Spielplätzen und Schulhöfen durchgeführt. Gleichwohl wird betont, dass die Polizei immer nur im Rahmen ihrer personellen Möglichkeiten agieren kann. Eingebettet in ein vielfältiges Maßnahmenbündel kann sich die Polizei ihrer Funktion nach nur auf Kriminalitätsbekämpfung konzentrieren.
- Im Folgenden stellt Frau Mielczarek das Konzept „Saubere und sichere Stadt“ mitsamt den kooperierenden Akteuren, Struktur und Aufgabenverteilung vor. Nach der

Kommunikation mit den BündnispartnernInnen wurde beschlossen, verschiedene Maßnahmen an festen Orten durchzuführen. Dabei wurden bestimmte Kreuzungen und Straßenzüge in Gröpelingen, an denen offene Kriminalität und Müll zur Tagesordnung gehören, bestimmt. Bezüglich der Spielplätze stellt sie fest, dass diese Bereiche oft nicht gut einsehbar sind und viele Versteckmöglichkeiten bieten.

Hier arbeiten die Ressorts Soziales und Inneres bereits zusammen. So soll neben einer besseren Beleuchtung in Zusammenarbeit mit dem ASV eine verbindliche Nutzungsverordnung für diese Plätze geschaffen werden, um unerwünschtes Verhalten zu unterbinden. Denkbar ist zudem die Einrichtung sicherer Treffpunkte bzw. Konsumräume. Mit einer analogen Strategie konnte bereits die offene Drogenszene von den zentralen Plätzen in Gröpelingen ferngehalten werden.

Frau Mielczarek berichtet zudem, dass in Bremen das Wohnaufsichtsgesetz nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens in Anwendung gebracht werden soll.

- Sodann stellen Frau Riedel und Herr Papencord die Arbeit des Ordnungsdienstes vor, dessen Fokus vor allem auf der Müllbeseitigung liegt. Dafür wird Präsenz auf der Straße angestrebt, welche aufgrund personeller Mängel noch nicht wie gewünscht realisiert werden kann. Daran wird gearbeitet, indem die Ausbildungszahlen erhöht werden. Für den Bremer Westen sind aktuell vier MitarbeiterInnen abgestellt. Bisher konnte der Müll bereits „sichtbar“ gemacht werden. Dafür werden beispielsweise rote Banderolen an den Müllobjekten appliziert und Aufklärungsgespräche mit AnwohnerInnen geführt.
- Herr Meyerrose von der Bremer Stadtreinigung beschreibt die Aktivitäten seines Hauses. Es werden Verursacherhinweise gesammelt, die oftmals Ordnungswidrigkeitsanzeigen zur Folge haben. Zudem werden Müllaufklärung sowie Grundstücksüberprüfungen mithilfe der EigentümerInnen oder Hausverwaltungen durchgeführt. Dabei wurden mehrfache Überbelegungen von Wohnungen sowie ganze, nicht an das Müllrecyclingsystem angeschlossene Häuser, mit der Folge zahlreicher Zwangsanschlüsse, identifiziert. Es soll nun die ermittelte Überbelegung mit einer entsprechenden Anzahl von Containern sowie einem amtlichen Abfallsack-System abgedeckt werden. Das Problem ist vielschichtiger Natur, weswegen nochmals die Zusammenarbeit der Stadtreinigung mit dem Ordnungsdienst als eminent wichtig eingestuft wird.
- Aus dem Beirat wird angeregt, für eine gewünschte Verhaltenssteuerung entsprechende Schulungen und Aufklärung zur Müllthematik auch in den im Stadtteil gängigen Sprachen wie beispielsweise Türkisch, Arabisch oder Polnisch anzubieten, damit die AnwohnerInnen die Regeln, die sie befolgen sollen, auch kennenlernen.
- Von Seiten der Bürger werden erste Verbesserungen bereits wahrgenommen. Trotzdem werden Missstände aufgezeigt, wie Probleme mit Tierkot oder Kampfhunden sowie Verkehrsprobleme, wie Falschparken oder Blockade durch zu enge Haltebuchten und Lieferfahrzeuge, vor allem im Bereich der Lindenhofstraße. Zudem wird das Instrument des Müllkalenders kritisiert. Die Aussage, dass die Probleme der Kriminalität und des Mülls in Gröpelingen auch auf den hohen Anteil der BewohnerInnen mit Migrationshintergrund zurückzuführen ist, lehnen Senator Mäurer sowie der bei der Polizei für die Schwerpunktmaßnahmen zuständige Leiter im Bremer Westen, Herr Schröder, entschieden ab und bekräftigen, dass fehlendes soziales Verhalten nicht an die Nationalität anknüpft. Abschließend ergeht ein Terminhinweis auf eine Sprechstunde im Nachbarschaftshaus zu diesem Thema am 6.03.2019.

Kenntnisnahme durch den Beirat.

#### **TOP 4: Entwicklung des Quartiers durch die Brebau**

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt krankheitsbedingt.

#### **TOP 5: Offene Jugendarbeit in Gröpelingen**

Einleitend erklärt die Vorsitzende, dass für die offene Jugendarbeit im Stadtteil ein Budget bereitgestellt wird, welches vom sogenannten Controlling-Ausschuss (CA) verteilt wird. Für 2019 liegt die Antragssumme insgesamt über dem Budget von 1.1 Millionen Euro. Gründe dafür werden von Herr Hannig (AfSD) u.a. in der Errichtung eines Hood-Trainingsparks an der Oberschule am Ohlenhof gesehen. Als Reaktion auf diesen Engpass wurde dann gemäß den bestehenden Richtlinien die institutionelle Förderung abgesichert und demgegenüber Projektförderungen nachrangig behandelt.

- Es wird angemerkt, dass die Standards der Jugendarbeit nicht ausreichend gesichert sind, und das muss geändert werden. Das Budget ist deutlich aufzustocken, um sich adäquat an die steigenden Kosten beispielsweise für Infrastruktur oder Energie anzupassen und eine ausreichende Finanzierung der Jugendarbeit zu sichern. Zudem wird vorgeschlagen, dafür auf Mittel des Städtebaus oder des Senators für Bau zurückzugreifen.
- Von der Beiratssprecherin wird bemängelt, dass die Daten, etwa die Höhe des Budgets, durch die senatorische Behörde nicht korrekt an den Controlling-Ausschuss weitergegeben wurden, was die Arbeit des Gremiums sichtlich erschwerte. Jedoch ist klar, dass das Budget von 1.1 Millionen nicht für die Finanzierung der Jugendarbeit ausreicht, vor allem, wenn Kostensteigerungen nicht berücksichtigt werden. So wird eine stärkere Transparenz des Ausschusses, vor allem gegenüber dem Beirat, eingefordert.

Folgende Anträge werden beschlossen:

- Haushaltsantrag zur Erhöhung des OJA-Budgets:  
Dieser wird einstimmig beschlossen (siehe Anlage 1).
- SPD-Antrag zur Einbindung der unter 12-Jährigen in die offene Jugendarbeit:  
Dieser wird einstimmig angenommen (siehe Anlage 2).

#### **TOP 6: Anträge, Anregungen und Wünsche aus dem Stadtteil**

##### a) Jugendparlament

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt, da die VertreterInnen des Jugendparlaments nicht anwesend sind.

##### b) Bevölkerung

Ein Bürger bemängelt erneut die Verkehrssicherheit an der Einmündung der Autobahnabfahrt Oslebshausen in die Ritterhuder Heerstraße für den querenden Radverkehr. Die benannte Stelle ist bereits Gegenstand eines Mittelantrages im Rahmen des Stadtteilbudgets in Verkehrsangelegenheiten. Auch an der Waterfront wird das Tempo-30-Limit nicht eingehalten. Diese Themen sollen in der kommenden Fachausschusssitzung „Bau“ wiederaufgenommen werden.

##### c) Seniorenvertretung

Der Vertreter der Seniorenvertretung berichtet über einen in der Seniorenvertretung mehrheitlich verabschiedeten Antrag auf mehr Bauen im Bestand. Zudem wird darauf hingewiesen, dass das Tempo-30-Limit vor allen sozialen Einrichtungen gilt, was Seniorenheime einschließt. Es wurde zudem die Einrichtung einer Pflegekammer für die Fortbildung des Pflegepersonals mehrheitlich befürwortet.

d) Beirat

Der Beirat beschließt folgende Anträge:

- Haushaltsantrag für die Jahre 2020/2021 zum Erhalt des saisonalen Fährbetriebs zwischen Gröpelingen, Woltmershausen und Walle-Überseestadt (Anlage 3): einstimmig.
- Globalmittelantrag für die Jahre 2020/2021 zum Erhalt des saisonalen Fährbetriebs zwischen Gröpelingen, Woltmershausen und Walle-Überseestadt (Anlage 4): einstimmig.
- Haushaltsantrag zur Absicherung der Schlichtungsstelle Täter-Opfer-Ausgleich in Gröpelingen (Anlage 5): einstimmig.
- SPD-Antrag zur Organisation und Durchführung einer Informationsveranstaltung für Erstwählerinnen am 9. Mai (Anlage 6): einstimmig.
- Erweiterung der Geschäftsordnung des Beirates um §4a zu Entscheidungen im Umlaufverfahren (Anlage 7): einstimmig.

**TOP 7: Bericht der Beiratssprecherin – Berichte aus dem Stadtteil**

Es wird darauf hingewiesen, dass in Gröpelingen eine schlechte Versorgung mit Sporthallen zu erwarten ist. Dieser Themenkreis soll im Fachausschuss „Bildung“ wiederaufgenommen werden. Außerdem soll die konstituierende Sitzung des Beirates vor den Ferien angestrebt werden.

**TOP 8: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes**

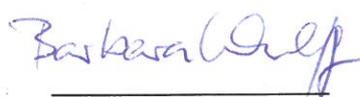
Es sind keine Mitteilungen des Amtes zu vermelden

Sitzungsleitung:

Beiratssprecherin:

Protokoll:

  
Ulrike Pala

  
Barbara Wulff

  
Leon Czyborr\*

\*Masterstudent "Komplexes Entscheiden" der Universität Bremen

SPD-Antrag an die öffentliche Sitzung des Beirates Gröpelingen am 27.02.2019

**Offene Angebote für Kinder im Stadtteil nachhaltig finanzieren!**

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport wird aufgefordert, auf Basis des SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) offene Angebote für Kinder unter 12 Jahren in Gröpelingen zu fördern und nachhaltig zu finanzieren.

Analog zum Rahmenkonzept für die offene Jugendarbeit (OJA) ist hierfür ein Konzept zu entwickeln und zügig vorzulegen.

**Begründung:**

Bei der Weiterentwicklung des Rahmenkonzepts OJA wurde bereits die Altersgruppe der 18-21-Jährigen einbezogen, um den Übergang Schule/Beruf zu verbessern. Daraus ergibt sich entsprechend eine Erweiterung der Angebote.

Wachsende Stadtteile brauchen auch ein wachsendes Angebot analog zum Ausbau der KiTas und Schulen im Stadtteil.

In Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen benötigen viele Kinder außerhalb der klassischen Einrichtungen ein breites Angebot an offenen Gruppen, z.B. auf Spielplätzen, Bewohnertreffs etc.

*Martin Reinekehr, Barbara Wulff und Fraktion der SPD im Beirat Gröpelingen*

Über die Senatskanzlei, Referat 14  
an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Gem. § 8 Abs. 4 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter zum Haushalt 2020/2021

**Haushaltsantrag der  
Beiräte Gröpelingen, Walle und Woltmershausen**

---

**Absicherung und Verstetigung der Fährverbindung zwischen den Stadtteilen  
Gröpelingen, Walle und Woltmershausen**

Die Beiräte Gröpelingen, Walle und Woltmershausen mögen beschließen:

Die Beiräte Gröpelingen, Walle und Woltmershausen fordern den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen auf, den saisonalen Fährbetrieb zwischen den drei Stadtteilen im Haushalt 2020/2021 finanziell abzusichern und dauerhaft aufrecht zu erhalten.

**Begründung:**

Die Beiräte Gröpelingen, Walle und Woltmershausen haben sich viele Jahre für eine Fähre zwischen den Stadtteilen eingesetzt. In 2013 ist es endlich gelungen, den saisonalen Fährbetrieb von April/Mai bis September aufzunehmen. Seitdem sind die Stadtteile über die Weser, zumindest in den Frühjahrs- und Sommerzeiten, verbunden. Die Fähre wird von den BewohnerInnen der Stadtteile genutzt, außerdem von RadwanderInnen und Tagesausflüglern und bietet durch die Abkürzung über die Weser neue Verbindungen und touristische Möglichkeiten.

Die Beiräte haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass ihnen die Weiterführung der Fähre als ein wichtiger Faktor im Stadtteilleben erscheint, indem sie wiederholt eine erhebliche finanzielle Unterstützung aus Globalmitteln eingebracht haben. Die Absicherung der Fährverbindung über einen entsprechenden Haushaltstitel ermöglicht es, die Globalmittel wieder in voller Höhe ihren originär zgedachten Aufgaben zuzuführen.

Bremen, den

## Beschlussantrag des Beirates Gröpelingen vom 25. Februar 2019

Saisonalen Fährbetrieb Gröpelingen – Überseestadt – Woltmershausen aufrechterhalten.

Der Beirat möge beschließen:

Der Fährbetrieb zwischen den Anlegern Woltmershausen, Gröpelingen und Walle ist auch für das Jahr 2019 sicherzustellen. Dies soll über die Bereitstellung einer Ausfallbürgschaft aller drei beteiligter Stadtteile gewährleistet werden.

Anteilig wird sich der Beirat Gröpelingen mit einer Reservierung von 3000,00 € aus stadtteil eigenen Globalmitteln beteiligen, um dieses Vorhaben zu verwirklichen.

### Begründung:

Die saisonale Fährverbindung wird als unerlässlich für den stadtteilübergreifenden Kontakt der Menschen und damit die Entwicklung des gesamten Gebiets an der Schnittstelle der drei Stadtteile gesehen. Vor allem mit der aktuellen Situation rund um die Erweiterung der Überseestadt und damit einhergehender Entwicklung neuer Wohngebiete in diesem Bereich hat der Fährbetrieb unveränderte Relevanz.

Vor dem Hintergrund der positiven städtebaulichen Entwicklungen, die mittelfristig eine Steigerung der Aufenthalts- und Freizeitqualität der Uferregionen in diesem Bereich und damit auch ein erhebliches Anwachsen der Fahrgastzahlen in allen Richtungen erwarten lassen, erschien die Aussetzung des Fährbetriebs keinesfalls wünschenswert.

Barbara Wulff und Fraktion der SPD im Beirat Gröpelingen

Bremen, den 27.02.2019

Über die Senatskanzlei, Referat 14  
an den Senator für Justiz und Verfassung

Gem. § 8 Abs. 4 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter zum Haushalt 2020/2021

## **Haushaltsantrag des Beirates Gröpelingen**

---

### **Absicherung der Schlichtungsstelle Täter-Opfer Ausgleich (TOA) in Gröpelingen**

Der Senator für Justiz und Verfassung wird aufgefordert, im Haushalt 2020/2021 Mittel in Höhe von jeweils 15.000€ jährlich für die Unterstützung der Schlichtungsstelle „Wohlers Eichen“ im Stadtteil Gröpelingen bereitzustellen.

#### Begründung:

Berichte und Evaluationen aus verschiedenen Stadtteilen bewerten das Projekt „Schlichten in Nachbarschaften“ als Erfolg für die niedrigschwellige Bearbeitung von Konfliktfällen in Nachbarschaften sowie für die Entlastung der Justizsysteme.

Dieses Projekt wird bereits seit über einem Jahrzehnt mithilfe der Stadtteilmittel „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) gefördert. Sein Fortbestand im Rahmen der Haushaltsplanungen für die folgenden Jahre muss darüber hinaus gesichert werden.

(einstimmig gefasster Beschluss anlässlich der Beiratssitzung am 27.02.2019)

## Beschluss des Beirates Gröpelingen

### Wahlbeteiligung durch Informationen für Erstwähler\*innen stärken!

1. Der Beirat Gröpelingen führt Anfang Mai 2019 eine Informationsveranstaltung für SchülerInnen der Oberschulen in Gröpelingen und Oslebshausen durch, um über die Tätigkeit des Stadtteilbeirates und seiner Fraktionen in der ablaufenden Wahlperiode zu informieren.
2. Ähnlich wie bereits im Jahr 2007, als das Wahlrecht ab 16 Jahren eingeführt wurde, wollen wir eine Art Messe/Ausstellung mit Info-Tafeln sowie mit besonderen Aktionen (z. B. Quiz, Rallye) im Saal des Nachbarschaftshauses Helene Kaisen veranstalten.
3. Der Beirat bildet zur Vorbereitung eine Arbeitsgruppe aus Beiratsmitgliedern und sonstigen Interessierten aus dem Stadtteil.
4. Der Beirat stellt für Materialien (Fotos, Pappen, Fotokopien, Stifte etc.) eine Summe aus Globalmitteln in Höhe von maximal 1.500,- Euro zur Verfügung.

(einstimmig gefasster Beschluss anlässlich der Beiratssitzung 27.02.2019)

**Geschäftsordnung des Beirates um § 4a erweitern: „Entscheidungen im Umlaufverfahren“**

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

§ 4 der Geschäftsordnung des Stadtteilbeirates in ihrer aktuell gültigen Fassung wird um nachfolgenden Abs. 4a erweitert:

**§ 4**

**Beschlussfassung**

- (4a) 1. Ist eine ordentliche Beratung von Sachverhalten im Beirat bzw. in den jeweils zuständigen Ausschüssen nicht fristgerecht möglich, kann das Ortsamt einen Beschluss im Umlaufverfahren einleiten, wenn eine Entscheidung dringend erforderlich ist. Dabei wird der zu entscheidende Sachverhalt unter Angabe einer Rückmeldefrist von in der Regel einer Woche in einer E-Mail an die Mitglieder des Beirates bzw. des fachlich zuständigen Ausschusses übermittelt.
2. Die Abgabe des Votums erfolgt per E-Mail gegenüber dem Ortsamt.
3. Abweichend von § 4 der Geschäftsordnung kommt ein Beschluss zustande, sobald sich die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses bzw. des Beirates innerhalb der Rückmeldefrist auf einen Beschluss geeinigt hat.
4. Ein Umlaufverfahren wird nicht durchgeführt, wenn ein Viertel der Stimmberechtigten des Ausschusses bzw. des Beirates diesem Verfahren im Einzelfall ausdrücklich widerspricht.
5. Das Ortsamt informiert nach Zustandekommen eines Beschlusses entsprechend.

Begründung:

Der bereits in Anwendung stehende Praxis von Beschlussfassungen im Umlaufverfahren soll nunmehr rechtssicher fixiert werden, um einer Anfechtungsmöglichkeit wirkungsvoll zu begegnen. Diesem Schritt dient die Festschreibung des Verfahrens in der Geschäftsordnung unter dem neu eingefügten § 4 (4a).

*Barbara Wulff und Fraktion der SPD im Beirat Gröpelingen*

Bremen, 27.02.2019